

Offener Brief an die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger von Erwachsenen mit FASD

Was bedeuten die Kürzungsvorschläge für Menschen mit FASD?

Sehr geehrte Politikerinnen und Politiker,

Sie beraten derzeit über Veränderungen in der Eingliederungshilfe und über Maßnahmen zur Begrenzung der Sozialausgaben. Dabei geht es um Wirtschaftlichkeit, Effizienz und die Zukunft unseres Sozialsystems.

Für Menschen mit FASD (Fetale Alkoholspektrumstörung) geht es jedoch um weit mehr: Es geht um die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und Krisen zu vermeiden.

FASD ist eine lebenslange Hirnschädigung. Sie ist nicht heilbar und wirkt sich auf Planung, Organisation, Impulskontrolle, Gedächtnis, Reizverarbeitung und die Fähigkeit aus, Folgen des eigenen Handelns einzuschätzen. Viele Schwierigkeiten sind von außen nicht sichtbar – ihre Auswirkungen im Alltag jedoch sind gravierend.

Die diskutierten Kürzungen würden Menschen mit FASD besonders hart treffen.

Weniger Wunsch- und Wahlrecht

Nicht jede Wohnform oder jede Einrichtung ist für Menschen mit FASD geeignet. Viele benötigen feste Bezugspersonen, klare Strukturen und ein Umfeld mit Fachwissen über FASD.

Wenn künftig vor allem die günstigste Unterstützung bewilligt wird, statt der passenden, scheitern Hilfen häufig. Die Folgen sind Krisen, Klinikaufenthalte, Wohnungsverlust oder der Abbruch von Unterstützungsmaßnahmen.

Mehr Gruppenangebote statt persönlicher Unterstützung

Gruppenangebote können sinnvoll sein – sie ersetzen jedoch nicht die individuelle Assistenz.

Viele Menschen mit FASD können Informationen in Gruppen nur schwer verarbeiten. Sie benötigen persönliche Begleitung, um Termine einzuhalten, Absprachen zu verstehen und den Alltag zu bewältigen. Ohne diese Unterstützung geraten viele schnell in Überforderung.

Pauschale Leistungen statt individueller Hilfen

Kein Mensch mit FASD ist wie der andere.

Einige können einer Arbeit nachgehen, benötigen jedoch Unterstützung beim Wohnen. Andere

brauchen Hilfe im Umgang mit Behörden, Finanzen oder der Alltagsorganisation.

Pauschale Leistungsmodelle werden dieser Vielfalt nicht gerecht. Eingliederungshilfe muss sich am individuellen Bedarf orientieren – nicht allein an einer Diagnose.

Mehr Eigenverantwortung trotz Behinderung

Von Menschen mit Behinderungen wird zunehmend erwartet, mehr Aufgaben eigenständig zu übernehmen.

Gerade für Menschen mit FASD ist dies häufig nicht möglich. Planen, organisieren, Entscheidungen treffen oder langfristige Folgen einschätzen gehören zu den Kernbereichen der Behinderung.

Das ist kein Mangel an Motivation oder Einsatzbereitschaft. Es ist eine Folge der dauerhaften Hirnschädigung.

Weniger Assistenz bedeutet mehr Krisen.

Assistenz schafft Abhängigkeit nicht – sie verhindert sie.

Sie erinnert an Medikamente, unterstützt bei Briefen, begleitet zu Terminen, hilft beim Umgang mit Geld, beim Einkaufen und im sozialen Miteinander.

Diese Unterstützung ermöglicht vielen Menschen mit FASD überhaupt erst ein selbstständiges Leben. Wird sie eingeschränkt, steigt das Risiko von Krisen und dem Verlust der eigenen Selbstständigkeit erheblich.

Wirtschaftlichkeit darf den Bedarf nicht verdrängen

Selbstverständlich müssen öffentliche Mittel verantwortungsvoll eingesetzt werden.

Doch die billigste Hilfe ist häufig nicht die wirksamste. Fehlende oder unpassende Unterstützung verursacht später deutlich höhere Kosten – etwa durch Klinikaufenthalte, Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit oder einen erhöhten Unterstützungsbedarf.

Wer heute an passender Hilfe spart, zahlt morgen vielfach drauf – finanziell und menschlich.

Eingliederungshilfe ermöglicht Teilhabe

Für viele Menschen mit FASD ist die Eingliederungshilfe die Voraussetzung dafür, überhaupt selbstständig wohnen, arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Sie ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern schafft die Voraussetzungen für gleichberechtigte Teilhabe und verhindert Ausgrenzung.

Unsere Botschaft

Wir sind nicht gegen Veränderungen.

Wir sind jedoch gegen Kürzungen, die Menschen mit Behinderungen die Unterstützung entziehen, die sie aufgrund ihrer Behinderung benötigen.

Menschen mit FASD brauchen keine Sonderbehandlung. Sie brauchen passende Hilfen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Wir bitten Sie eindringlich, die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit FASD bei Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Politik darf sich nicht ausschließlich an kurzfristigen Einsparungen orientieren. Sie muss die langfristigen Folgen für die betroffenen Menschen und für unsere Gesellschaft im Blick behalten.

Teilhabe ist kein Luxus.

Teilhabe ist ein Menschenrecht.

Erarbeitet von Erwachsenen mit FASD im Rahmen eines gemeinsamen Wochenendes (Sommer 2026).